

dem innersten Wesen des romanischen Herrschafts-  
instincts geboren, wuchs die jesuitische Hydra zwischen  
dem Augsburger Religionsfrieden und dem „großen  
Kriege“ in den Jahren der Sicherheit zu dem  
vielspfigen Ungeheim heran, mit dem die europäische  
Festigung und Geistesfreiheit bis auf diese Stunde  
im nie ruhenden Kampfe sich abmüht. Frankreich  
wurde ihr erstes Opfer. In den Niederlanden führte  
der Kampf zur unverföhnlichen Scheidung zwischen  
Nord und Süd, zwischen Germanen und Romanen.  
Dann kam Deutschland an die Reihe. Es war die  
eigentliche, erste, große Entscheidungsschlacht des  
Riesenkampfes. Von vierzig Millionen Menschen,  
die auf dem Gebiet zwischen Bogen und Oder ums  
Jahr 1618 lebten, waren dreißig Jahre später noch  
vier Millionen vorhanden. Aber nun war die  
Hälfte katholisch, die andere Hälfte, wenigstens für  
lange Zeit, innerlich gebrochen, in Elend, Hab und  
Unfreiheit verkommen: die Fürsten vereitelt, dem Ge-  
meingefühl entfremdet, jeder Nothung des Auslandes  
zugänglich, die Geburtsstätte der im Gewissen ge-  
gründeten Geistesfreiheit ein Spott der Völker.  
Die Ehrenmänner für deren System und geistigen  
Nachwuchs man heute im deutschen Reichstage unter  
der Fahne der „Freiheit“ freireit, hatten ihr  
Wert an unserm Wirken gethan. Dann fand man  
dennoch auch Zeit, des fernem Ostens vorsorglich zu ge-  
denken. Dort gab die eminent nationale Stel-  
lung des römischen Clerus bequeme Handhaben, die  
man in Deutschland nicht gehabt hatte und gelangte  
man leicht und vollständig zum Ziele. Im Jahre  
1633, bei Wladislaus IV. Krönung, wird zum ersten  
Mal die Befestigung der vielgerühmten polnischen  
„Religionsfreiheit“ vermist. Daß später Schweden  
und Brandenburg zu Oliva (1660) ihrer polnischen  
Glaubensgenossen schätzend gedachten, brachte die  
Bewegung nur schneller in jesuitischen Fluß. Schon  
zwei Jahre später, 1662, führt der polnische Pa-  
triotismus, (wie jetzt der französische) öffentlich  
die Sprache der Kirche, der Glaubenseinheit. Als  
1697 der Knecht August von Sassen mit seiner  
deutschen Ehre und mit sauer erworbenem säch-  
sischen Gelde den Schattenthron der Ingellonen er-  
kauft, muß er schon den Mennoniten, Anabaptisten,  
Arianern, Socinianern ausdrücklich die Duldung



mit seinen militärischen wie seinen handelspolitischen Anschauungen einer sehr conservativen Richtung zu. Aber das Schankelsystem dieses Staatsmannes braucht zu dem reactionären Wesen eine liberale Form, besonders jetzt im Hinblick auf die Wahlen. Deshalb erklärte der Präsident jener Deputation kurz und bündig, in der Republik liege die einzige Gewährleistung für das Heil Frankreichs, jeder Versuch einer monarchischen Restauration werde den Bürgerkrieg hervorrufen. Damit denkt Thiers sich nun um so mehr gesichert zu haben, als ja auch die angestrebte Allianz der beiden parlamentarischen Centren als vollständig gesichert betrachtet werden darf. Den Stein des Anstoßes bildete auch hier das von dem linken Centrum dem rechten gestellte Verlangen der rückhaltlosen Anerkennung der republikanischen Regierungsform. Das wird so lange auch gewiß gehen, bis Gambetta einmal auf die höchste Gewalt losstürmt, mit Unterstützung des tapfern General Faidherbe, der jetzt seinen Abschied genommen hat, wohl um später einmal die rothen Garben seines Freundes zu führen.

Die Verhandlungen mit Deutschland sind deshalb so schnell und glatt abgelaufen, weil Thiers seinen ersten officiellen Schritt nicht eher gethan hat, als bis bereits auf vertraulichem Wege eine vorläufige Verständigung erzielt war. Ueber die Bedingungen selbst die unterrichteten Quellen uneinig. Während unsere gestrige Mittheilung heute im Wesentlichen durch eine directe Pariser Depesche der „Nat.-Ztg.“ bestätigt wird, heißt es andererseits, daß es sich überhaupt nur um die Zahlung ganzer Milliarden handle. Frankreich wird die geräumten Departements erst nach Abzahlung der ganzen Contribution besetzen dürfen. In Folge dieser Aussichten sind die Börsen augenblicklich ziemlich stark afficirt. Man meint, Frankreich werde seinen Selbstbedarf durch eine große Lotterie-Anleihe decken, an der sich auch Deutschland werde betheiligen können. Ein derartiger Plan ist allerdings von Frankreich angeregt, von der deutschen Regierung aber sofort zurückgewiesen worden. Alle Nationen rüsten sich nun, um auf jedes finanzielle Arrangement eingehen zu können. In Paris lebt kein noch so kleiner Vagabund oder Geldmann, der nicht seine Anstalten trafe, um sich an dem großen Geschäft, dem größten dieses papiernen Jahrhunderts, zu betheiligen. Schon jetzt zeigt sich inbessenen in dem dem Präsidenten nachstehenden Kreisen eine große Vereiztheit über die Baisse an der Fondsbörse, welche sich auf die große Subscription vorbereitet und man spricht davon, sich direct mit den Banquiers in Verbindung setzen zu wollen. Dabei ist auch der deutsche Geldmarkt ziemlich lebhaft betheiligt und es hat sich bereits ein großes Consortium Berliner und auswärtiger Käufer gebildet, das sich stark macht, einen bedeutenden Theil der neuen französischen Anleihe gemeinsam zu übernehmen. Herr v. Bleichröder gilt für den Mittelpunkt dieses Consortiums.

Der Papst hat sich wieder einmal in nicht besonders freundlichem Tone mit Deutschland beschäftigt. Zur Feier seiner nun 27jährigen Regierung hatte ihm eine große Schaar italienischer Damen gratulirt und ihm als Beihagegeschenk fünfzehn thörichte Jungfrauen vorgestellt, die so eben aus dem Lazareth entlassen, nun einem tugendhaften Lebenswandel sich widmen wollten. Er sprach mit ihnen vom verlorenen Sohn, bedauerte, daß auch heute noch bei besten Rückkehr sich häufig ein älterer Bruder finde, der ihm verächtlich den Rücken wende und kam dabei ins politische Plaudern. „Ein italienischer Staatsmann“, erzählte er, revolutionär aber kein Revolutionär, hat mir seiner Zeit gesagt, wenn man nur erst diese Deutschen los sei, so werde man auch wieder unser getreuer Unterthan sein. Nun, dieser Deutschen ist man nun ledig, und jetzt? Sie, die man vor vierundzwanzig Jahren als die treuesten Feinde betrachtete, sie sind nun Gegenstand der Verehrung geworden. O, verkehrte Welt! Der Zug der Reizung zu gewissen Nationen ist nichts Anderes als der Haß gegen Gott und Christus.“ Sein ehemals auch abgefallener, jetzt aber um so getreuerer Sohn, der ermländische Bischof Krementz, früher in Coblenz bekanntlich ein Protegé der Königin Augusta, hat nun kurz vor Thronsturz dem preussischen Cultusminister endlich geantwortet. Aber was? und wie? Eine Erkundigung bei den Offi-

verlagen. Der erneute Schwedeneinfall Karls XII. giebt dann das erwünschte Del in das glimmende Feuer. Während für das Abendland die Sonne der Aufklärung aufgeht, im Jahrhundert der Toleranz, der Wissenschaften, der humanen Dichtung, des Deismus und der Freimaurerei beginnen für Polen die Bacchanalien des bildungsfeindlichen, gewaltthätigen Glaubenseifers, (die Siege der Windischgrätzschen und Wallisnrodtschen Freiheits-Apostel); das gräßliche Sathspiel nach der großen Tragödie des siebzehnten Jahrhunderts. Im Jahr 1717 wird die Bevölkerung der seit 1632 erbauten Dissidentenkirchen beschlossen, 1718 verlieren zu Grodno die nicht katholischen Landboten ihre politischen Rechte, 1733 werden die „Keger“ im ganzen Polenlande für unfähig zu allen öffentlichen Aemtern und Würden erklärt. Was 1724 in Thorn geschah, davon ist später besonders zu reden. Fortan theilte der Jesuit und der von ihm geknechtete Clerus sich mit dem zuchtlosen Adel in den Ausrottungskrieg gegen die abendländische Bildung, lieferte den mächtigen, lauernden Nachbarn den stets bereiten Vorrath, ja oft nur zu dringenden Grund zum Eingreifen in diese faule Gährung einer von Hause aus schwachen, und nun gar noch vergifteten Cultur. Damals wurde polnisch in unsern Grenzlandschaften identisch mit „fanatisch katholisch“, begann man die Deutschen schlechtweg „Lutheraner“ zu nennen. Da wurde jenes Bündniß geschlossen, an dem alle Rettungsversuche gescheitert sind und scheitern werden. Nur schneller, aber im Wesen nicht anders, ist Polen den Weg gegangen, auf dem Spanien vor unsern Augen hinabgleitet, auf dem Frankreich, in der Verblendung des Borns und des Hochmuths, ihm zu folgen sich ansetzt, den Italienern unter schweren Kämpfen wieder emporzuklimmen sich ansetzt, dem Belgien verfallen sein dürfte, wenn der germanische Kern des Volkes sich nicht baldigst ermannet. Welchen Antheil unsere engere Heimath an diesen Dingen gehabt hat, in welchem Zustande sie dann der Schutzgeist unseres Volks, wie ein Brand aus dem Feuer, diesem Chaos entriß, mit welcher Arbeit und welchem Erfolge dann das alte, liebe Mutterland sein lange verlorenes Kind erst wirklich und von Rechts wegen wiedergewonnen, davon wird demnächst ein Wort gesagt werden müssen.

cißen läßt uns darüber diesmal im Stich. Die Spenerische sagt „ausweichend, insofern der Bischof erklärt, es sei nicht seine Absicht gewesen, sich den Staatsgesetzen gegenüber auf päpstliche Bullen, welche vom Staat nicht anerkannt seien, zu berufen“ und die erst recht officiöse Preuss. Vitaufsicht läßt sich befehligen: „Durchaus nicht zufriedenstellend; man sieht den weiteren Schritten der Kgl. Staatsregierung mit Spannung entgegen.“ Da wird man denn wohl abwarten müssen, wie der Minister Fall bis jetzt auch gebuldig abgewartet hat.

#### Deutschland.

△ Berlin, 21. Juni. Nachdem der württembergische Minister v. Mittnacht am 15. Juni nach Stuttgart abgereist war, traf schon am 16. von dort die telegraphische Nachricht ein, daß die württembergische Regierung den vorläufigen Beschlüssen des Reichstags in der Jesuitenfrage, von jedem Kompetenz-Bedenken absehend, zustimmen werde. — Ueber den Kaiserlichen Antrag und den darauf erfolgten Reichstagsbeschluss, betreffend die Ausdehnung der Reichscompetenz auf das gesammte Civilrecht, hat in den Auschlüssen des Bundesraths für Zustimmung und Verfassung, denen auch diesmal der Antrag überwiesen wurde, eine vorläufige Besprechung stattgefunden, deren Inhalt aber, da die Vertraulichkeit der Verhandlung betont wurde, sich der Öffentlichkeit entzieht. Nur soviel verlautet, daß im Herbst die Konferenzen stattfinden sollen über gemeinsame Gerichtsverfassung und Plan der Civilrechts-Gesetzgebung, an welche die weitere Verhandlung des Reichstags-Beschlusses sich anreihen würde. So viel über diese ganze Angelegenheit bekannt geworden, stellt es sich als ein Irrthum heraus, wenn man annimmt, daß die süddeutschen Regierungen und namentlich die Württembergische, dem Antrage ablehnend oder ausweichend gegenüber ständen. Man wird vielmehr annehmen dürfen, daß das Bestreben dahin gerichtet sein wird, der ganzen Frage eine greifbare concrete Gestalt zu geben, um sie dann an der Hand des praktischen Bedürfnisses zu lösen. — Die Bundesstaatsauschlüsse für Zoll- und Steuerwesen haben so eben einen Antrag über die Veranstaltung von Viehzählungen im deutschen Reich eingebracht. Die Auschlüsse unterbreiten dem Bundesrathe ein Formular mit dem Antrag, auf Grund desselben die periodische Vornahme von gemeinsamen Ermittlungen der Viehzählungen im deutschen Reich und zwar zum ersten Male am 10. Januar 1873 zu genehmigen. Die Viehzählungen werden wohl, je nachdem dies auch für die Bevölkerungsaufnahme festgesetzt wird, in fünfjährigen Zählperioden stattfinden und das Ergebnis der Ermittlung der städtischen Centralstelle des Reiches binnen Jahresfrist nach der Aufnahme zugehen und von ihr aus in Uebersichten Veröffentlichung finden.

+ Berlin, 21. Juni. Die Konferenz über das Volksschulwesen hat gestern ihre letzte Sitzung gehalten. Man verständigte sich zunächst über die Feststellung der Protokolle, durch deren Veröffentlichung dem größten Publikum ein möglichst getreues Bild der Verhandlungen gegeben werden soll. Die Verammlung schloß sich dem Antrage des Ministers an, daß außer dem Protokollführer, Reg.-Assessor v. Wolff, Schulrath Spieker und Prediger Richter unter der Oberleitung des Ministers den Wortlaut der Protokolle festzustellen. — Darauf beschäftigte man sich mit der Frage der Präparandenbildung. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß die bisherige Präparandenbildung eine absolut ungenügende sei und daß ohne die Hilfe des Staates das Erforderliche nicht geleistet werden könne. Nur darüber gingen die Meinungen auseinander, ob man Präparanden-Anstalten — denen man fast allgemein zwei bis drei Curse und ebenso viel fest angestellte Lehrer zuwies — mit einem Seminar in unmittelbare Verbindung bringen solle. Von verschiedenen Seiten wurde empfohlen, die Errichtung von Mittelschulen von Staatwegen zu protegieren und diese als Präparanden-Anstalten zu benutzen. Ausdrücklich wurde bei dieser Gelegenheit hervorgehoben, daß bei dem Lehrplan für die Präparanden-Anstalten auf den Unterricht in mindestens einer fremden Sprache Bedacht zu nehmen sei. — In Bezug auf den nächsten Gegenstand der Tagesordnung, Fortbildungsschulen, lagen folgende, von einem Subcomité gestellten Thesen vor: 1) Die Fortbildungsschulen haben die Aufgabe, der aus der Elementarschule entlassenen Jugend, soweit dieselbe nicht in anderweitige Bildungsanstalten übergeht, in den notwendigen Schulkenntnissen die erforderliche Befestigung und Ergänzung zu vermitteln und dieselbe je nach den örtlichen Bedürfnissen für das praktische Leben in Wissen und Fertigkeiten zu fördern. 2) Der Besuch dieser Schule ist für Stadt und Land nur dann obligatorisch, wenn sich die Communen oder sonst zur Unterhaltung der Elementarschule Verpflichteten im Einverständnis mit der K. Regierung dafür erklären und die erforderlichen Mittel nach Möglichkeit zur Verfügung stellen. Der Staat tritt mit Beihilfe nach Bedürfnis ein. 3) Die Verpflichtung zum Besuche erstreckt sich bis zum Schlusse des 16. Lebensjahres. Es sind wöchentlich wenigstens drei Stunden zu erteilen. Der Unterricht findet in der Regel im Winter statt. 4) Die Ziele allgemeiner Bildung sind vorzugsweise Vertiefung und praktische Einübung des in der Elementarschule Gelernten. Die Richtungen und Grenzen der Fortbildungsschule als Fach- und Specialschule werden von den örtlichen Bedürfnissen bedingt und durch den vom Schulvorstande und Ortslehrer mit Genehmigung der K. Regierung festgestellten Lehrplan näher bestimmt. Es sprach sich allgemein die Ansicht aus, daß die Einrichtung von Fortbildungsschulen, sehe man sie nur als Nachhilschulen an oder als eigene Fortbildungsschulen, die vom Theil der Character von gewerblichen Fachschulen annehmen würden, als durchaus notwendig und wünschenswerth bezeichnet werden müßte. Dagegen wurde sehr entschieden bestritten, daß der Staat das Recht habe, die Gemeinden zur Errichtung solcher Anstalten anzuhalten, sowie, daß er das Recht habe, Zwang zum Besuch derselben auszuüben. Unter Hervorhebung der Schwierigkeiten, welche die Herbeischaffung der Lehrkräfte namentlich in den Landdistrikten machen werde und unter Betonung des Umstandes, daß bei dem Widerstreben von Eltern und Kindern an einem günstigen Erfolg überhaupt nicht zu denken sei, gewann die Ansicht die Oberhand, daß nur übrig bleibe, die Fortbildungsschulen überall so einzurichten, daß sie den örtlichen Interessen entsprehen und so einen regelmäßigen Besuch erwarten ließen. In diesem Sinne resumirte auch der Minister die Debatte und bemerkte hieran anknüpfend, daß er auf

die Berathung des Kapitels über die Schulaufsicht unjensehr verzichte, als gerade die Gegenwart ihm reiche Erfahrungen und Belehrungen über diesen Punkt zuführe; namentlich seien es die jüngst angekommenen Berichte über die Schulrevisionen in Posen und Schlesien, welche darauf hinwiesen, daß man in Bezug auf die Schulaufsicht anders vorgehen habe, als die Stiehl'sche Flugschrift es vorschlägt. — Nachdem das älteste Mitglied der Konferenz, v. Kleist-Regow dem Minister für seine lebhaften, ununterbrochene Theilnahme an den Besprechungen gedankt, und dieser wiederum den Mitgliedern seinen Dank ausgesprochen, wurde die Konferenz geschlossen.

\* Die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Der Kaiser hat am vorigen Sonntag bei seiner Anwesenheit auf Schloß Babelsberg dem aus New-York hier eingetroffenen Fabrikanten künstlicher Blumen, Herrn Charles Siebert, eine längere Audienz erteilt. In derselben überreichte dieser eigenhändig dem Kaiser ein paar kostbare lebende virginische Hirsche, welche 11 Monate alt und von Herrn Siebert so gezähmt sind, daß dieselben auf die Namen Wilhelm und Augusta hören. Außerdem hat der Kaiser von demselben Herrn das prachtvolle Geweih eines in Virginien erlegten Vapitirchens entgegenzunehmen geruht. Dasselbe ist durch seine monströse Bildung ein in seiner Art einzig dastehendes Exemplar, hat mit dem ausgestopften Kopfe ein Gewicht von über 100 Pfund und schätze Kenner und Jagdliebhaber den Werth desselben auf über 10,000 Mk. Der Kaiser, sichtlich erfreut über die patriotischen Gesinnungen, welche Allerhöchstdemselben auch jenseit des Oceans bewahrt werden, hat Herrn Siebert als Gegengeschenk eine kostbare Basse mit seinem Portrait und den Abbildungen der Schlösser Sanssouci und Babelsberg zukommen lassen und ihm den Titel als kaiserlicher Hoflieferant in Aussicht gestellt.“

\* Essen, 19. Juni. Der Strike erstreckt sich augenblicklich auf 43 Bechen, und gegen 30,000 Bergleute feiern. Von den streikenden Bergleuten haben manche anderweitige Beschäftigung gefunden und gehen derselben ruhig nach; auch die übrigen verhalten sich durchaus ruhig. — Aus Weidrich geht der „Ess. Ztg.“ übrigens die Mittheilung zu, daß ein Strike, welchen die Bergleute auf den Rheingruben (Beche Ruhr-Rhein und Wesende) gleichzeitig mit den Essener Bergleuten in Scene gesetzt hatten, bereits als beendet angesehen ist, da höchstens noch 15–10 Prozent der Belegschaft sich der Arbeit enthalten. Auch bemerkt die „Westph. Ztg.“ aus den Dortmund und Reviere: „Von einer angeblichen Vorbereitung des Strikes auf den Bechen unseres Bezirkes verlautet bisher nur in Telegrammen nach auswärts.“

Leipzig. Wie man der „Ost. Ztg.“ schreibt, hat die hiesige Pferdehandlung von Rose u. Böhme von französischen Agenten Auftrag erhalten, 21,000 Stück Cavallerie-Pferde zu liefern.

Darmstadt. Auf der Universität Gießen wurden gegenwärtig nur 14 Theologen und ist während des letzten Jahres von dem großherzoglich heftigen Gymnasium nicht ein Theologe abgegangen.

#### Oesterreich.

Wien, 21. Juni. Das Herrenhaus hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Dotation des Poststaates um eine Million, sowie die Postanvention mit Montenegro ohne weitere Debatte angenommen. (W. Z.)

Prag, 18. Juni. Die Einweihung der russischen Kirche in Prag soll in demonstrativer Weise im Späthommer stattfinden. Nach Rußland werden von Prag aus massenhafte Einladungen zur Einweihung versendet.

#### England.

London, 19. Juni. Die Hoffnung auf eine glückliche Beilegung des Streites zwischen den Bauhandwerkern und ihren Arbeitgeber ist verschwunden. Erstere haben gestern eine Versammlung gehalten und den Antrag, die Fragen der Lohn-erhöhung und der Neuanforderung durch ein von beiden Parteien gewähltes Schiedsgericht entscheiden zu lassen, mit großer Mehrheit verworfen, auch beschlossen, daß die schon feiernden Arbeiter zweier Firmen während etwaiger Vermittelungsversuche ihre Arbeit nicht aufnehmen sollten. Als diese Beschlüsse dem Vorstande des Centralverbandes der Bauntemnehmer mitgeteilt wurden, erließ dieser an die Mitglieder ein Rundschreiben, worin er auf das Misslingen der bisherigen friedlichen Bemühungen verwies und nun die Ausführung des bedingten Beschlusses verlangte, die Bauarbeiten von morgen ab zu suspendieren, bis die Arbeiter jener beiden Firmen die Arbeit wieder aufgenommen haben würden. Wie man berechnet, werden von den 250 großen Bauntemnehmern so viele sich der Ausperrung anschließen, daß wohl 25,000 Bauhandwerker außer Verdienst gesetzt werden.

#### Frankreich.

Paris, 19. Juni. In der Konferenz, welche Thiers gestern mit einigen Bekannten über die Anleihe hielt, meinte einer der Anwesenden, daß man die Anleihe erst nach dem Votum des Budgets 1873 aufnehmen sollte. Der Präsident erwiderte: „Das Votum des Budgets eilt nicht. Es ist unmöglich, es in der jetzigen Session zu votieren, denn die Versammlung soll ihre Ferien gegen den 10. Juli nehmen. Dann ist es auch ganz unnöthig. Es reicht hin, zu bestimmen, daß alle Steuern erhoben werden, bis anders bestimmt wird. Mit diesem Vorbehalt ist der Schatz hinreichend sichergestellt und die Kammer kann dem Budget die ganze Zeit widmen, die ihr gutdünkt.“ Aus der Unterredung geht hervor, daß Thiers noch keineswegs genau weiß, auf welche Weise er seine Anleihe machen will, nur daß er die Absicht hat, sie während der Ferien aufzubringen.

Die Führer des rechten Centrums suchten gestern noch einmal jene des linken Centrums für den von ihnen beabsichtigten Schritt bei Thiers zu gewinnen. In der zu diesem Zweck veranstalteten Zusammenkunft führten für die erstere Partei Saint-Marc Girardin und Herzog von Broglie, für die andere der General Chanzy und der Admiral Jaurès das Wort. Die Letzteren erklärten, sie könnten die pessimistischen Anschauungen ihrer Kollegen vom rechten Centrum über die innere Lage nicht theilen, die letzten Wahlen bewiesen nur, daß das Land die Republik wolle und in der That sei auch in ihren Augen diese Staatsform die unabweisliche Bedingung der Wiedergeburt des Landes. General Chanzy blieb bei der Erklärung, ein Einverständnis zwischen dem linken und rechten Centrum könne nur auf Grundlage der Annahme und Aufrechterhaltung

ber Republik stattfinden. Schließlich bemerkte St. Marc Girardin, er sehe wohl, „daß die Frage noch nicht reif sei.“ Das hinderte ihn und seine Freunde indes nicht, sogleich in Unterhandlungen mit der Rechten zu treten und diese waren, wie es scheint, von einem besseren Erfolge gekrönt; denn man meldet, daß eine Deputation sämtlicher Fractionen der Rechten (angeblich einer Gesamtheit von 300 bis 350 Abgeordneten) sich zu Thiers begeben und ihn höchlich aber entschieden ermahnen soll, der Majorität einen größeren Einfluß auf sein Cabinet einzuräumen. Im anderen Falle könnte die von Raoul Duval bereit gehaltene Interpellation immer noch eingebracht werden. Die Audienz wird wahrscheinlich morgen stattfinden. (Siehe unten.)

— 21. Juni. In der gestern zwischen dem Präsidenten der Republik und Delegirten der Rechten und des rechten Centrums stattgehabten fast zweistündigen Besprechung begannen die Letzteren damit, sich über die von Thiers dem Lande geleisteten Dienste in höchst anerkennender Weise auszusprechen und denselben ihrer vollen Ergebenheit zu versichern. Im weiteren Verlaufe der Unterredung kamen die Deputirten auf die Nothwendigkeit eines in der inneren Politik zu bewerkstelligenden Umschwungs zu sprechen. Herr Thiers erneuerte die vor der National-Versammlung sowohl in Bordeaux als in Versailles von ihm in dieser Richtung abgegebenen Erklärungen und betonte, daß sein ganzes Arbeiten und Streben auf die Consolidirung der republikanischen Verfassung gerichtet sei. Die Aufrechterhaltung der Republik sei die einzige Gewährleistung für das Heil Frankreichs; jeder Versuch zu einer monarchischen Restauration würde den Bürgerkrieg herbeiführen. Die von ihm befolgte Politik sei im Wesentlichen eine conservative. Was die letzten Wahlen angehe, so könne weder er, noch seine Politik für dieselben verantwortlich gemacht werden, da er neutral über den Parteien gestanden habe. Am Schlusse seiner Rede hob Thiers noch die Mäßigkeit und Zweckmäßigkeit hervor, eine zweite Kammer zu schaffen als einen conservativen Stützpunkt für die Regierung. — Eine vom „Journal des Debats“ veröffentlichte Note, welche ihrem Inhalte nach wesentlich mit den oben mitgetheilten Details über die Unterredung übereinstimmt, besagt, Thiers habe vornehmlich seine conservativen Principien hervorgehoben, doch sei über die Art einer erfolgreichen und wirksamen Durchführung dieser Grundsätze keine Uebereinstimmung zwischen dem Präsidenten und Interpellanten erzielt. (W. Z.)

— Von der „Agence Havas“ wird die Nachricht, daß der französische Gesandte in Athen, Ferris, mit Ueberreichung einer Note an die griechische Regierung beauftragt sei, in welcher die Rückzahlung der französischen Schuld gefordert wird, als noch der Bestätigung bedürftig, bezeichnet.

#### Rußland.

Petersburg, 21. Juni. Der Kaiser kehrt am 27. aus Moskau hierher zurück, verweilt drei Tage hier und wird sodann nach Moskau zurückkehren, von wo er am 16. Juli zurück erwartet wird. (W. Z.)

#### Spanien.

Madrid, 20. Juni. Durch öffentlichen Erlaß in der amtlichen Zeitung werden die Inhaber von Coupons der dreiprozentigen Schuld und von Eisenbahn-Dobligationen benachrichtigt, daß am 1. Juli d. J. durch die Generaldirection des Rechnungshofes die Festsetzung des Termins erfolgt, von welchem an diese Coupons eingelöst werden.

#### Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 3 Uhr Nachmittags.  
Paris, 21. Juni. Das Gesamtministerium hatte gestern demissionirt, um Thiers rüchlich der Verhandlungen mit der Rechten volle Freiheit zu lassen. Die Minister zogen bereits ihre Demission wieder zurück, ausgenommen Varez.  
Newyork, 21. Juni. Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, daß das Schiedsgericht selbst die indirecten Schaden-Ansprüche von den ihm obliegenden Entschädigungs-Festsetzungen ausschleie.

#### Danzig, den 22. Juni.

\*\* Es wird die Constatirung eines Provinziallehrtages unserer Provinz beabsichtigt. Die Gymnasien von Tilsit, Gumbinnen und Insterburg haben ein provisorisches Comité gebildet und sämtliche Gymnasien und Realschulen der Provinz angefordert, zu einer Versammlung zu obigem Zweck Deputirte nach Königsberg, den 6. Juli c., zu senden.

\* Vom 1. Juli c. ab erhält im Interesse des Correspondenz-Verkehrs die Personenspost zwischen Carthaus und Sierakowitz folgenden Gang: aus Carthaus 11 Uhr Nachts (nach Anknüpfung der 2. Personenspost nach Danzig), in Sierakowitz 1 1/2 früh; aus Sierakowitz 3 1/2 früh, in Carthaus 6 Uhr Morgens (zum Anschluß an die 1. Personenspost nach Danzig). Von demselben Zeitpunkte ab werden in Sierakowitz Weichseln zur Post nach Carthaus und Ertraposten u. nicht mehr gestellt.

— Vom 1. Juli ab beträgt das Porto: a) für frankirte Briefe nach Konstantinopel 2 Groschen für je 15 Grammen, b) für unfrankirte Briefe aus Konstantinopel 4 Groschen für je 15 Grammen, c) für Postkarten nach Konstantinopel 1 Groschen pro Stück, d) für Drucksachen und Waarenproben nach Konstantinopel 3 Groschen für je 50 Grammen.

\* Dem Sanitätsrath Dr. Wegg hier ist der Charakter als Gefheimer Sanitätsrath, dem Dr. Neumann zu Neufahrwasser der Charakter als Sanitätsrath verliehen worden.

\* Aus Warschau, 21. Juni, wird gemeldet: Wasserstand der Weichsel heute 3 Fuß 11 Zoll, fällt hier noch. Dagegen ist das Wasser bei Danzig gestiegen, bis gestern Nachmittags 2 Uhr auf 13 Fuß und steigt dort noch schnell.

\* Wir erinnern daran, daß mit dem 30. Juni der Anmeldungsstermin für die Wiener Weltausstellung von 1873 definitiv erlischt. Jede später einlaufende Meldung wird unannüchlich zurückgewiesen werden.

\* Nachdem die Mineure des hier garnisonirenden Pionier-Bataillons bereits zwei Tage an den Minen unter dem Petersburger Thor gearbeitet hatten, wobei auch die Mächte zu Hilfe genommen worden waren, da das Anlegen der Minen in dem eisenfesten Fundament und Mauerwerk sehr schwierig war, erfolgte gestern Abend 8 Uhr die Sprengung des Thores. Unter der linken Thorwand waren zwei Minen angelegt und jede mit 50 Pfund Pulver geladen; die rechte Thorwand konnte nicht von unten auf gesprengt werden, weil die Mineure beim Anlegen der Minen unter derselben auf das Hauptthor der Brangenaue Wasserleitung stießen; es wurde stattdessen unter der Wölbung des Thores eine Sprengladung von 16 Z. Pulver in diese Wand gebracht. Bei der gleichzeitigen Entzündung der drei Ladungen hob sich die ganze Thore







H. B. Rasemann in Danzig,